

Landkreis Ravensburg

den 11. Aug. 2020

Niederschrift öffentlich

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
am 28.04.2020 im Landratsamt Außenstelle Weingarten, Sauterleutestr. 34, Weingarten,
Sitzungssaal Raum 009

Dauer 14:30 Uhr bis 20.40 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 23 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser

CDU

Herr Elmar Buemann

Frau Christa Fuchs

Herr Thomas Kellenberger

Herr Dieter Krattenmacher

Herr Axel Müller

Herr Christian Natterer

Herr Robert Schweizer

Herr Waldemar Westermayer

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle

Herr Wilhelm Graf

Herr Roland Schmidinger

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf

in Vertretung für KR Weiß

Frau Elke Müller

Herr Bruno Sing

Herr Heinz Strubel

Frau Doris Zodel

SPD

Herr Rudolf Bindig

Herr Gerhard Lang

ÖDP

Herr Julian Aicher

Herr Max Scharpf

FDP

Herr Dr. Roland Dieterich

Protokollführer/in

Frau Dagmar Schöbel

von der Verwaltung

Herr Franz Baur

Dezernent Finanzen, Schulen u. Infrastruktur

Frau Iris Steger

Dezernentin Kreisentwicklung, Wirtschaft und
ländlicher Raum

Herr Matthias Weber

Amtsleiter Finanzverwaltung zu TOP 13

Herr Werner Nitz

Amtsleiter Abfallwirtschaftsamt zu TOP 13

Herr Simon Gehringer

Amtsleiter Straßenbauamt zu TOP 3 und 14

Herr Marijan Gogic

Amtsleiter Forstamt zu TOP 10

Frau Carolin Hornstein

Amt für Abfallwirtschaft zu TOP 13

Herr Hans Koch

Verkehrsamt zu TOP 15.2

Herr Stefan Leinweber

Verkehrsamt zu TOP 7

Gäste

Herr Wilfried Franke

Verbandsdirektor Regionalverband Boden-
see-Oberschwaben (RVBO) zu TOP 11

Herr Walter Göppel

Geschäftsführer Energieagentur Ravensburg
zu TOP 8

Herr Ulrich Grosse
Herr Dietmar Maier

Herr Moritz Ott

freiberuflicher Nahverkehrsberater zu TOP 11
Bereichsleiter Nahverkehrsgesellschaft Ba-
den-Württemberg mbH (NVBW) zu TOP 11
Landschaftserhaltungsverband Landkreis
Ravensburg e.V. zu TOP 9

Abwesend:

FWV

Herr Michael Lang

Herr Dr. Hermann Schad

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Martin Weiß

wird vertreten durch KRin Fiegel-Hertrampf

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokolle der vorausgegangenen Sitzungen

Angelegenheiten des Straßenbauamtes

3. 0026/2020
K 7989, Verlängerung Radweg nördlich Amtzell - Ermächtigung zur Planung außerhalb des Radwegenetzkonzeptes

Angelegenheiten des Bau- und Umweltamtes

4. 0042/2020
Weiterführung Aktionsprogramm zur Sanierung oberschwäbischer Seen

Angelegenheiten des Verkehrsamtes

5. 0145/2019
Einführung des Ein-Euro-Tickets und des 365 €-Tickets für das Liniennetz von Bodo und alle anderen Linien im Landkreis Ravensburg -
Antrag der ÖDP-Fraktion vom 16.08.2019 und
Antrag der SPD-Fraktion vom 09.12.2019
6. 0153/2019
Verbesserung des Nahverkehrs im Landkreis Ravensburg -
Antrag der CDU-Fraktion vom 02.10.2019
7. 0052/2020
Verbesserung des ÖPNV; neue Regiobuslinie Ravensburg-Wangen-Isny -
Antrag der Fraktion FWV vom 10.12.2019

Mitteilungsvorlagen

8. 0032/2020
Infrastrukturmasterplan des Zweckverbandes Oberschwäbische Elektrizitätswerke
Gast: Herr Walter Göppel, Geschäftsführer Energieagentur Ravensburg

9. 0043/2020
Rückblick auf das erste Jahr Biodiversitätsstrategie im Landkreis Ravensburg

10. 0163/2019
Forstorganisation im Landkreis Ravensburg ab 01.01.2020

11. 0038/2020
Infrastrukturuntersuchung des Bahnhofs Aulendorf - Sachstand
Gäste:
Herr Wilfried Franke, Verbandsdirektor Regionalverband Bodensee-Oberschwaben (RVBO)
Herr Ulrich Grosse, freiberuflicher Nahverkehrsberater
Herr Dietmar Maier, Bereichsleiter Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH (NVBW)

12. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten des Amtes für Abfallwirtschaft

13. 0044/2020
Aktualisierung der Abfallwirtschaftssatzung inkl. Gebührensätze zum 01.01.2021

Angelegenheiten des Straßenbauamtes

14. 0067/2020
Kauf einer Liegenschaft zur Erweiterung der Straßenmeisterei Bad Waldsee

Angelegenheiten des Bau- und Umweltamtes

15. 0054/2020

Resolution: Einleitung eines Verfahrens zur Erklärung des Altdorfer Waldes zum Landschaftsschutzgebiet - Antrag der SPD-Fraktion vom 24.01.2020

Angelegenheiten des Verkehrsamtes

15.1 0070/2020

Ausgleich an ÖPNV-Unternehmen für entfallene Schülermonatskarten im April wegen Schulschließung aufgrund von Corona

15.2 0071/2020

Ausgleich an Schulbusunternehmen im freigestellten Schülerverkehr für weggefallene Beförderung im März und April wegen Schulschließungen aufgrund von Corona

16. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Öffentliche Sitzung

1. **Änderung der Tagesordnung**

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

2. **Protokoll der vorausgegangenen Sitzung**

Zu den Protokollen der Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Mobilität vom 15.10.2019 und 10.12.2019 gibt es keine Änderungswünsche.

Angelegenheiten des Straßenbauamtes

3. 0026/2020

K 7989, Verlängerung Radweg nördlich Amtzell - Ermächtigung zur Planung außerhalb des Radwegenetzkonzeptes

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Planung der Verlängerung des vorhandenen Radweges im Zuge der K 7989 bei Amtzell zu beginnen. Die Realisierung erfolgt ab dem Jahr 2021 soweit die dazu erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Das Radwegstück soll bei der nächsten Fortschreibung der Radwegenetzkonzeption mit aufgenommen werden.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten des Bau- und Umweltamtes

4. 0042/2020

Weiterführung Aktionsprogramm zur Sanierung oberschwäbischer Seen

Beschlussentwurf:

Der Landkreis Ravensburg beteiligt sich am Aktionsprogramm zur Sanierung ober-

schwäbischer Seen für weitere fünf Jahre vom 1.9.2020 bis 31.8.2025.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten des Verkehrsamtes

5. 0145/2019

Einführung des Ein-Euro-Tickets und des 365 €-Tickets für das Liniennetz von Bodo und alle anderen Linien im Landkreis Ravensburg – Antrag der ÖDP-Fraktion vom 16.08.2019 und Antrag der SPD-Fraktion vom 09.12.2019

KR Bindig weist darauf hin, dass, anders als in der Beschlussvorlage der Verwaltung dargestellt, die Einführung des 365-Euro-Tickets zunächst nur für einige Gruppen beantragt wurde. Dann sollten die finanziellen Auswirkungen untersucht werden. Die Einführung für alle halte er für nicht finanzierbar. Da ÖPNV-Politik nachhaltig sein solle, müsse man Schritt für Schritt vorgehen. In dieser Hinsicht halte er die Beschlussvorlage, die zunächst Angebot und Qualität verbessern und dann die Maßnahmen in die Verkehrsverbundgesellschaft übertragen wolle, für akzeptabel. Er frage sich jedoch, wie es das Land Vorarlberg schaffe, für ein Gebiet, das größer als der Landkreis Ravensburg sei, erfolgreich ein 365-Euro-Ticket für alle anzubieten.

KRin E. Müller hält die Beschlussvorlage für gut. Sie zeige die Komplexität des Themas. Jedoch werde es durch die Unterteilung in zwei Schritte sehr lange dauern, bis das Ticket konkret eingeführt werden könne. Die Erlösminderung sei beachtlich.

KR Dr. Schad gibt an, der Preis für ein Busticket sei aktuell so hoch, dass Autofahren häufig günstiger sei. Von der Gründung des Verkehrsverbundes Vorarlberg 1991 bis zur Einführung des 365-Euro-Tickets seien mehr als 20 Jahre vergangen. Vorarlberg sei zwar flächenmäßig größer, das ÖPNV-Aufkommen jedoch mit dem im bodo-Gebiet vergleichbar.

KR Krattenmacher hält es für wichtig, zuerst das Angebot zu verbessern und dann die finanziellen Anreize für seine Nutzung zu schaffen. Angesichts der prognostizierten hohen Einnahmenverluste warne er jedoch davor, große Erwartungen zu nähren. Man müsse der Realität ins Auge blicken, Stand heute sei er skeptisch. Die Situation

in Vorarlberg sei strukturell anders: Es gebe einen großen Verdichtungsraum von Bregenz bis Bludenz mit mehreren 100.000 Einwohnern, dazu einige Seitentäler. In dieser Linienstruktur könne man besser arbeiten als im Landkreis Ravensburg mit seiner Netzstruktur.

KR Müller empfiehlt, genauso vorzugehen, wie in der Beschlussvorlage zu lesen. Erst müsse das Angebot verbessert werden. Über den Preis allein werde kein Umschwung erreicht. Dies habe auch eine Besprechung mit Busunternehmern im Landkreis Anfang des Jahres ergeben.

KR Sing erklärt, in jeder Krise stecke auch eine Chance, und ruft dazu auf, mit dem sozial-ökologischen Umbau jetzt zu beginnen. Man solle sich fragen, was man jetzt trotz Krise tun könne, welche Strukturen jetzt geschaffen werden müssten, um das ÖPNV-Angebot zu verbessern. Anderen sei dies auch gelungen. Das 365-Euro-Ticket könne zu Beginn beispielsweise nur für die Stadt angeboten werden und nicht gleich für die ganze Region. Er bittet darum, den ersten Schritt zu tun und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

KRin Fiegel-Hertrampf bittet darum, einzelne Buslinien genauer zu untersuchen und die Gebiete gegebenenfalls anzupassen. Es solle auch darüber nachgedacht werden, ÖPNV-Verknüpfungspunkte zu schaffen und das Parken in Städten zu verteuern.

KRin Zodel weist darauf hin, dass das 365-Euro-Ticket in Vorarlberg aktuell 385 Euro koste. Durch den Verkauf vieler Jahreskarten könne dort Geld für Kontrolleure gespart werden. Sie pflichte KR Krattenmacher bei, der sage, das Rheintal sei nicht mit dem Schussental vergleichbar. Ein 1-Euro-Bus für den ganzen Landkreis sei zu teuer. Eine Transportleistung müsse angemessen bezahlt werden, auch Fahrradtransport sei eine Leistung. Eine Autofahrt verursache ebenfalls Kosten. Jedoch sei ein letzter Bus um 19.30 Uhr keine Alternative zum Auto. Von Lindau fahre noch um 23.00 Uhr ein Bus in die Vorarlberger Gemeinde Langenegg. Man müsse auch überlegen, wie man Menschen zu weniger Zweitautos motivieren könne.

Herr Baur erklärt, man könne angesichts der neuen finanziellen Situation nicht nahtlos an die Diskussion vom Dezember anknüpfen. Man habe jetzt eine andere finanzielle Ausgangslage. Handlungsstrategien müssten auf den Prüfstand gestellt werden. Alle Planungen sollten „mit Vollgas“ weiterbetrieben werden, um für die erwarteten

Konjunkturpakete des Staates gut gerüstet zu sein. Er warne jedoch vor Beschlüssen, die Mehrkosten verursachten.

Beschlussentwurf:

1. Vorrangiges Ziel des Landkreises als Aufgabenträger ist es, aufbauend auf der derzeit stattfindenden ÖPNV-Untersuchung, das Angebot und die Qualität im straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu verbessern.
2. Wenn dieses Ziel erreicht ist, soll bei der für Tarifangelegenheiten zuständigen Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft (bodo) angeregt werden, flankierend die Einführung verbundweiter tariflicher Maßnahmen wie z.B. ein weiter vergünstigtes Jahresticket oder auch einen vergünstigten Einzelfahrschein zu prüfen, um eine weitere Steigerung der Fahrgastnachfrage zu erreichen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei 2 Gegenstimmen)

6. 0153/2019

**Verbesserung des Nahverkehrs im Landkreis Ravensburg –
Antrag der CDU-Fraktion vom 02.10.2019**

Beschlussentwurf:

1. Punkt 1, zu dem inzwischen ein weiterer konkretisierender Antrag der CDU-Fraktion vorliegt, wird am 02.07.2020 im AUM behandelt.
2. Die Inhalte der Punkte 2 bis 5 werden im Rahmen der laufenden ÖPNV-Untersuchung zusammen mit der Firma PTV geprüft.
3. Zu dem Anliegen in Punkt 6 werden bodo und der Landkreis Ravensburg ihre Bemühungen fortsetzen.
4. Zur Umsetzung von Punkt 7 wird die Verwaltung beauftragt, wegen der Förderrichtlinie rechtzeitig auf das Land zuzugehen, sofern die vorgeschlagene Konstellation eine Option für das ÖPNV-Konzept des Landkreises sein wird.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei 1 Enthaltung)

7. 0052/2020

Verbesserung des ÖPNV; neue Regiobuslinie Ravensburg-Wangen-Isny - Antrag der Fraktion FWV vom 10.12.2019

Herr Baur fragt, ob es verantwortbar sei, jetzt zusätzliche Erwartungshaltungen zu wecken. Es gehe darum, den momentanen ÖPNV aufrechtzuerhalten.

KR Sing entgegnet, es sei wichtig, ein Konzept zu haben und vorbereitet zu sein, sobald eine Realisierung möglich sei.

KR M. Scharpf teilt diese Meinung. Es werde schon weitergehen.

KR G. Lang schätzt die Vorsicht von Herrn Baur, er lese jedoch auf Seite 3 der Beschlussvorlage, dass sie keine finanziellen Auswirkungen habe. Daher solle geprüft werden, ob die Buslinie Sinn mache, ohne gleich Begehrlichkeiten zu wecken.

Herr Baur möchte den Beschlussentwurf differenziert betrachten. Den Text zu Nr. 2 halte er für sinnvoll. Wenn der Antrag jedoch vom Land bewilligt werde, komme „Dynamik“ auf. Zusätzliche Kosten von bis zu 700.000 EUR pro Jahr passten nicht zur gegenwärtigen Finanzsituation. Man wisse noch nicht, wie der Haushalt 2021 so aufgestellt werden könne, dass die Städte und Gemeinden die Kreisumlage bezahlen könnten. Er bitte deswegen darum, Nr. 1 des Antrags um ein Jahr zurückzustellen.

KR Müller findet, man müsse sich entscheiden, wofür man Geld ausgeben wolle. Wenn das Konjunkturpaket komme, werde Klimaschutz eine Rolle spielen.

KR Krattenmacher erklärt, er stehe voll hinter dem Beschlussentwurf der Verwaltung und plädiert dafür, die politische Richtung nicht zu schnell aufzugeben. Es müsse jedoch geschaut werden, wo am ehesten Handlungsbedarf bestehe und auch, wo am ehesten etwas zu erreichen sei. Bei der Südachse Wangen-Schussental müsse eventuell nachgesteuert werden. Mit einigen Forderungen des Landes, die mit der Regiobuslinie verknüpft seien, sei er nicht glücklich. Andere seien überholt. Ein Bus müsse nicht zwingend bis abends 23.00 Uhr fahren. Das Regiobuskonzept müsse hinterfragt werden, das Land seine „Hausaufgaben“ machen.

KRin Müller gibt zu bedenken, dass der Antrag bis Ende Mai gestellt werden müsse.

Beschlussentwurf:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für einen Regiobus Ravensburg-Wangen-Isny zu entwickeln und beim Land einen entsprechenden Zuschussantrag für einen Förderzeitraum von bis zu 5 Jahren zu stellen.
2. Über alle anderen Elemente einer Weiterentwicklung des ÖPNV-Förderkonzeptes des Landkreises, insbesondere die im Antrag der Fraktion FWV genannten möglichen Bausteine, wird unter Einbeziehung einer Analyse des ÖPNV-Konzeptes des Bodenseekreises im Herbst 2020 im Rahmen der Festlegung eines neuen ÖPNV-Konzeptes beraten.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Herr Leinweber stellt sich als neuer Mitarbeiter des Verkehrsamtes vor.

Mitteilungsvorlagen

8. 0032/2020

Infrastrukturmasterplan des Zweckverbandes Oberschwäbische Elektrizitätswerke

Gast: Herr Walter Göppel, Geschäftsführer Energieagentur Ravensburg

Herr Göppel stellt den Infrastrukturmasterplan vor.

KR Strubel hinterfragt den Mehrwert des Masterplans. Der Datenschutz unterbinde die Einsicht in die Daten und die Verwendung der Informationen. So fördere der Plan eher „Kleinstaaterei“ und sei rückwärtsgewandt.

KR Bindig ist der Meinung, jeder müsse darauf drängen, das Datenmaterial im Internet ansehen zu können. Große Bedeutung bei der Energieerzeugung könne die Bedachung von Parkplätzen haben, von denen viele in kommunalem Besitz seien. Noch mehr Fläche stehe in Form von Firmenparkplätzen zur Verfügung. Er fragt, ob daran gedacht sei, auf Firmen zuzugehen und sie für die Energiegewinnung zu motivieren. Er möchte außerdem wissen, wer die Datenbank aktuell pflege und mit welchen Kosten dies verbunden sei. Es sei anzustreben, dass dies jeder Landkreis selbst übernehme.

KR Aicher erklärt, es sei interessant, in der Darstellung zu sehen, dass sich die meisten Corona-Erkrankten dort zeigten, wo die Luftverschmutzung am größten sei. Die OEW habe bewiesen, dass man „eine kaputte Wirtschaft“ wieder ans Laufen bringen könne. Mit den Iller-Kraftwerken sei letztlich auch Fa. Liebherr groß geworden. Den USA sei dies mit der Aluminiumproduktion und dem Silicon Valley gelungen. Man solle in der aktuellen Situation deshalb nicht nur schauen, wo man sparen könne, sondern auch wo Einnahmen zu erzielen seien. Dies sei im Bereich der erneuerbaren Energien der Fall. Die Idee, den Landkreis Ravensburg zum ersten Photovoltaik versorgten Landkreis zu entwickeln, halte er für ein spannendes Projekt. Er fragt, wie schnell so etwas gehen könne.

KR Dietrich vermisst in dem Masterplan Informationen darüber, welche Firmen sich im Landkreis mit der Gewinnung und Speicherung regenerativer Energien befassen. Er bittet darum, diese noch mit aufzunehmen und zur Verfügung zu stellen, damit es möglich sei, hoffnungsvolle Start-ups und gute Ideen zu unterstützen.

Herr Göppel antwortet, nicht alle Daten seien zur Veröffentlichung geeignet, sondern lediglich Planungsinstrumente. Firmen hätten Interesse daran bekundet, ihre Parkplätze zur Energieerzeugung zu nutzen. Jedoch seien die Investitionskosten zurzeit noch zu hoch und ein Förderprogramm nötig. Er werde diesen Punkt noch in das Konzept aufnehmen. Die Daten würden aktuell durch sein Büro zweimal jährlich gepflegt. Damit seien Kosten in Höhe von 2.500 EUR brutto pro Jahr verbunden. Im Landkreis Ravensburg gebe es 145.000 Dächer, die für Solarmodule geeignet seien und in 10 bis 15 Jahren damit ausgestattet sein könnten. Die Überdachung der Parkplätze müsse parallel laufen. Die Stromwende im Landkreis könne bis etwa 2040 erreicht sein. Energieeinsparungen seien ebenfalls noch möglich. Er bedankt sich für den Hinweis auf die Start-Ups. Dieser Aspekt sei bisher noch nicht im Plan enthalten.

KR Westermayer bedankt sich für die Präsentation. Das Thema sei komplex und wichtig. Er fragt, wie es nun weitergehe, nachdem der Anteil der erneuerbaren Energien an der Nettostromerzeugung 46 % im zweiten Halbjahr 2019 erreicht habe. Für private Investoren sei es schwierig, Genehmigungen für Freiflächenanlagen zu bekommen. Er erkundigt sich, wie es mit den Umsetzungsplänen für die Wärmenutzung von Abwasserkanälen in Leutkirch aussehe.

KR Sing erklärt, er schätze die Arbeit des Referenten sehr. Er vermisse noch die Themen Kraft-Wärme-Kopplung sowie Verkehr und fragt, welche Offensiven man für

den „kleinen Bürger“ starten könne, nachdem im Bereich Gewerbe schon viel unternommen werde, und in welcher Weise die Landwirtschaft beteiligt sei. Auch halte er eine Aufteilung in die Kategorien Gewerbe, Kommunen und Privat bei den Daten für sinnvoll. Windkraft sei ein schwieriges Thema in Oberschwaben. Hier müssten mehr Bürger einbezogen werden. Er möchte wissen, wie neue Redox-Flow-Stromspeicher in Haushalten und Firmen eingesetzt werden könnten und ob bei Heizungserneuerung eine gesetzliche Vorschrift zur Nutzung von Photovoltaik-Anlagen möglich sei.

KR Dr. Dieterich fragt, welche Strukturen vorhanden seien, um Ideen zu prüfen und zu vernetzen.

Herr Göppel antwortet, Eigenstrom könne auch ohne Speicher produziert, übriger Strom zur Warmwassergewinnung genutzt werden. Die Vermarktung großer Mengen Stroms sei jederzeit über die Börse möglich. Zum Thema Wärmenutzung von Abwasserkanälen erstelle er zurzeit ein Quartierskonzept, das dann noch im Gemeinderat verabschiedet werden müsse. Bei Blockheizkraftwerken werde die Abwärme noch nicht optimal genutzt. Hier gebe es noch Potenzial. Von der Novellierung des Gesetzes zur Kraftwärmekopplung verspreche er sich noch einen „Schub“. Eine Aufteilung in einzelne Bereiche sei in der Rubrik „Beratungen“ erfolgt. Das noch erschließbare Potenzial im Bereich der privaten Beratungen beziffere er mit dem Faktor 3, im Bereich der Wirtschaft mit Faktor 5. Auch im kommunalen Bereich seien noch deutliche Steigerungen zu erreichen.

Der Vorsitzende schlägt vor, eine Agenda „Erneuerbare Energien“ zu erarbeiten. Politische Ambitionen sollten entwickelt, Umsetzungsprozesse operationalisiert und Vernetzungen thematisiert werden. Eine Perspektive biete der nächste Klausurtag zur Fortschreibung der Kreisstrategie. Im Kapitel Umwelt, Natur und Energie könne ein entsprechendes neues Handlungsfeld eröffnet, Vorlagen erstellt und dann beraten werden. Für einen Arbeitskreis, in den auch Energieagentur und Bürgerschaft mit einbezogen werden sollten, benötige die Verwaltung zunächst ein personell voll ausgestattetes Dezernat. Frühestens zum 01.07. werde die Leitung des Bau- und Umweltamtes neu besetzt. Im Bereich des Ersten Landesbeamten gebe es wegen Corona eine verlängerte Übergangssituation. Eine weitere Perspektive, sich mit dem Thema zu befassen, biete der European Energy Award, bei dem der Landkreis bereits zweimal Gold-zertifiziert wurde.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

9. 0043/2020

Rückblick auf das erste Jahr Biodiversitätsstrategie im Landkreis Ravensburg

Herr Ott präsentiert als Biodiversitätsbeauftragter den Rückblick anhand einiger Folien aus seiner PPT-Präsentation.

Der Vorsitzende ergänzt, auf dem Instagram-Kanal des Landkreises seien weitere Bilder zum Thema zu sehen. Die vollständige Präsentation werde zur Verfügung gestellt.

KR Sing bedankt sich für das innovative Projekt, „tolle Ergebnisse“ und bei allen Fraktionen für die gute Zusammenarbeit. Er fragt, wie man beim Streuobstprojekt die Kommunen, die sich bisher noch nicht beteiligten, mit ins Boot holen könne.

KR Bindig findet, für das erste Jahr sei ein „fulminanter Start“ geglückt. Eine Weiterführung sei notwendig, da der Rückgang der Arten und der Biomasse bei Insekten erschreckend sei. Besonders problematisch sei der Anbau von Energiemais zur Produktion von Biogas, der das Vorkommen von Wildpflanzen verhindere und auch von Tieren begrenze. Eine Million Tonnen seien dies in Deutschland 2019 gewesen. Er halte es für wichtig, eine Produktionsform für Biogas zu finden, die mit dem Natur- und Artenschutz vereinbar sei. Im Koalitionsvertrag sei dies ausdrücklich so gewünscht worden. Die Frage sei, ob Landwirte mit dem Schutz von Wildpflanzen genau so viel verdienen wie mit der Biogaserzeugung und wie sich etwaige Einbußen abfedern ließen. Auch Heckenpflanzprogramme seien wichtig für den Natur- und Artenschutz. Er fragt, warum das Programm im Landkreis nur wenig in Anspruch genommen worden sei und wie dies gesteigert werden könne.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Informationen zur Förderung von Heckenprogrammen dem Maßnahmenkatalog der Kreisbroschüre „Vielfalt in der Kulturlandschaft gemeinsam umsetzen“, ab Seite 18 zu entnehmen seien.

KR Westermayer bedankt sich für den Vortrag und das Projekt, das durch die Edith-Stein-Schule und den Landschaftserhaltungsverband vorangetrieben worden sei. Blühstreifen, deren Arten-Zusammensetzung für eine erfolgreiche Insektenförderung wichtig sei, befänden sich nun auf 170 ha statt 8 ha. Die Wirtschaftlichkeit des Anbaus von Wildpflanzen gegenüber Mais liege bei etwa 50 %. Zu bedenken sei, dass durch Mais viel CO₂ abgebaut werde.

Herr Ott vermutet, das Heckenprogramm sei möglicherweise deswegen nicht gut angenommen worden, da eine Heckenpflanzung mit einem Verlust von Ertragsflächen verbunden sei. Bei Maisanbau beispielsweise bedeute dies einen Ertragsausfall von 500 EUR pro Hektar. Eine Kompensation solle mit in das Programm aufgenommen werden. Bisher werde nur das Pflanzgut gestellt. Bei drei Anträgen 2019 seien letztlich nur zwei Pflanzungen erfolgt.

Frau Steger ergänzt, es werde ein Förderprogramm für die Neupflanzung von Streuobstbäumen aufgelegt, das auch den ersten Schnitt umfasse. Zum Thema Streuobst würden künftig außerdem Bildungsprojekte und verkürzte Schnittkurse für Eigentümer von Bäumen angeboten. Das Ackerrandstreifenprojekt sei sehr erfolgreich gewesen.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

10. 0163/2019

Forstorganisation im Landkreis Ravensburg ab 01.01.2020

KR Dr. Dieterich fragt, ob durch die Gründung von GENOHOLZ nicht neue Kartellstrukturen entstanden seien.

KR Krattenmacher informiert, es liege viel Holz in den Wäldern, der Borkenkäfer sei unterwegs, es drohe Befall. Der Landkreis verfüge kaum noch über Nasslagerplätze, und es sei schwierig neue einzurichten. Früher sei das Holz einfach in den Altdorfer Weiher geworfen worden. Er fragt, was der Landkreis hier tun könne, bis die Sägewerke wieder in der Lage seien, Holz aufzunehmen.

Der Vorsitzende erklärt, durch die Gründung von GENOHOLZ sei kein neues Kartell entstanden, sondern ein kleinteiliges, genossenschaftliches Vermarktungsmodell. Hunderte kleiner Anbieter würden sich so zusammenschließen, um am Markt erfolgreich bestehen zu können. Es gebe auch sonst noch eine Vielzahl von Bezugsmöglichkeiten für Holz. Es sei in der Tat schwieriger geworden, Nassholzlagerplätze zu finden. Erschwerend komme hinzu, dass es im Moment auch noch sehr trocken sei.

Frau Steger ergänzt, es müsse zwischen Kurzfristlagern und längerfristigen Lösungen unterschieden werden. Für letztere dauerten die Genehmigungsverfahren länger. Jedoch könne bei keinem Gewässer garantiert werden, dass man in jedem Jahr

durchgehend Wasser entnehmen könne. Es stelle sich die Frage, was man mache, wenn man in den Niedrigwasserbereich komme. An der Schussen sei Wasserpotenzial vorhanden. Für die Rotach habe das Amt eine kurzfristige Anfrage erhalten und sei dabei, diese zu genehmigen. Einen weiteren Platz gebe es in der Leutkircher Heide, wo Grundwasser zur Beregnung vorhanden sei. Viele Waldbesitzer suchten eine längerfristige Nasslagerfläche für den Fall, dass wieder einmal ein Sturm komme. Im Moment sei Holz schwer verkäuflich.

Herr Gogic informiert über den Verfahrensstand von Anträgen, Besitzverhältnisse und Lagervolumen für Nassholzlagerplätze in den Bereichen Rasthalde Ravensburg, Altshausen, Leutkirch, Rotach und Durlesbach.

KR Krattenmacher erinnert an ein Grundstück südlich von Gutenfurt, das einmal als Erweiterungsfläche für die Deponie gekauft worden sei, und fragt, ob dieses nicht ForstBW gegen Entgelt als Lagerfläche zur Verfügung gestellt werden könne. Es werde immer wieder Trockenheit und Sturm geben.

Herr Gogic antwortet, der Platz sei im Prinzip sofort verwendbar, jedoch für diese Zwecke nicht geeignet, da es in der Nähe kein großes verlässliches Gewässer gebe, dem man Wasser zur Benässung des Holzes entziehen könne.

KRin Fiegel-Hertrampf schlägt als Lösung des Problems vor, Holzbauweise bei Wohnraumschaffung stärker zu propagieren und so Holzbestände abzubauen.

Herr Gogic gibt an, es werde bereits mehr Holz verbaut. Jedoch werde noch mehr Holz auf den Markt kommen, da die Schäden durch den Borkenkäfer enorm seien.

KR Sing fragt, wie man langfristig Holz als Baustoff noch besser vermarkten könne.

Der Vorsitzende erklärt, Genehmigungsverfahren würden durch das Bau- und Umweltamt „proaktiv“ bearbeitet. Akteur sei jedoch die Genossenschaft. Diese müsse einen Antrag stellen. Im Jahr 2019 habe der Landkreis wegen der Dürre ein Wasserentnahmeverbot für die Gewässer erlassen müssen. Er regt an, gemeinsam nach Wasserflächen Ausschau zu halten, die für eine Entnahme noch infrage kämen. Er vermute, dass die Holzwirtschaft so wie bisher nicht mehr funktionieren werde. Die Situation im Wald sei im Moment schwierig. Es müsse eventuell über andere Baumarten nachgedacht werden.

KR Krattenmacher kommt nochmals auf das Grundstück südlich Gutenfurt zurück und fragt, ob das Wasser aus der Kläranlage nicht zur Benässung verwendet werden könne, bevor es in die Schussen geleitet werde. Auf diese Weise könne doch noch ein dauerhafter Nassholzlagerplatz dort eingerichtet werden.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Anregung und bittet Frau Steger um Prüfung.

KR Schweizer fragt Herr Gogic, ob dieser anlässlich der Neuorganisation habe Personal abgeben müssen und ob er der Situation personell aktuell gewachsen sei.

Herr Gogic erklärt, im Gegensatz zum Staat, der über große homogene Waldflächen verfüge, seien die Flächen bei uns kleinteilig. Waldbesitzer würden teilweise ihre eigenen Grenzen nicht kennen. Mit den Aufgaben komme er kaum nach.

KR Sing betont, Wald habe auch noch andere Werte und Funktionen außer für die Nutzholzgewinnung, z.B. für den Grundwasserschutz und als Erholungsgebiet. Er möchte wissen, wieviel Personal dafür zur Verfügung stehe.

Herr Gogic antwortet, das Personal werde komplett für den Waldschutz eingesetzt. Im Moment gebe es keine Veranstaltungen wegen der Corona-Situation.

Der Vorsitzende berichtet, der Landkreis habe dem Land gegenüber von Anfang an erklärt, dass das Konzept der Forstreform nicht aufgehen werde. Der Personalschlüssel sei für inhomogene Flächen sehr ungünstig.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

11. 0038/2020

Infrastrukturuntersuchung des Bahnhofs Aulendorf - Sachstand

Gäste:

Herr Dietmar Maier, Bereichsleiter Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg (NVBW)

Herr Wilfried Franke, Verbandsdirektor des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben (RVBO)

Herr Ulrich Grosse, freiberuflicher Nahverkehrsberater

Der Vorsitzende bedankt sich bei den drei Gästen für ihr Kommen.

Herr Maier präsentiert das Verkehrskonzept Bodensee/Südbahn für den Knoten Aulendorf anhand einer PPT-Präsentation.

Herr Grosse stellt die Ergebnisse seiner Untersuchungen anhand einer PPT-Präsentation vor.

KR Krattenmacher bedankt sich bei den Referenten und hält die Ergebnisse für vernünftig. Die für die Durchbindung angesetzten 10 Mio. EUR seien eventuell nicht ausreichend. Nicht optimal sei, dass es auch nach dem Einbau der Aufzüge noch immer keine vollständige Überdachung geben werde. Man sei auch ohne die Durchbindung „nahe dran“ am Idealzustand. Jedoch nütze ein tolles Fahrplankonzept wenig, wenn Züge voll seien oder verspätet ankämen, weil es bei einem schnelleren Zug mit Vorrang Probleme gebe, wie z.B. auf der Strecke zwischen Aulendorf und Kißlegg. Er bittet Herr Maier, ein Augenmerk darauf zu haben, dass am Knoten Aulendorf die Anschlüsse funktionierten. Planerisch sei das Konzept sehr knapp.

Der Vorsitzende erklärt, er habe immer bekräftigt, dass die Anschlüsse entscheidend seien.

Herr Sing bemängelt, Gleis 4 sei zu kurz und zu schmal. Beim Umsteigen entstünden Zeitverluste, das Gepäck müsse weit geschleppt werden. Es gebe drei verschiedene Bahnsteighöhen und oft keine Minute Übergangszeit. Der Nahverkehr müsse die Lücken schließen. Für die Barrierefreiheit wolle die Stadt Aulendorf 8 Mio. EUR ausgeben, der Unterschied zu 10 Mio. EUR für eine Durchbindung der RB sei im Verhältnis nicht groß. Vielleicht gebe es hier sogar Synergieeffekte. Er fragt, ob es für die Durchbindung Bundes- oder Landesmittel gebe und was sie den Landkreis letztlich kosten würde. Er wolle keine Chance vertun. Langfristig sollten für alle Verbindungen von Ulm bis Friedrichshafen die Potenziale untersucht werden, auch die Verbindung Allgäu-Sigmaringen sei wichtig.

Der Vorsitzende verweist auf eine im Moment stattfindende Machbarkeitsstudie zum Ringzug Bodensee-Oberschwaben. Eventuell werde sich daraus eine neue Debatte ergeben. Man sei noch am Thema dran. Auch im 2. Halbjahr werde dieses noch eine Rolle spielen.

KR Bindig zitiert aus einer Haushaltsrede des Vorsitzenden die Aussage: „Wir wollen in Aulendorf um die Ecke fahren“. Er fragt, ob das Projekt als Infrastrukturprojekt

ausgewiesen werden könne, um es so finanziert zu bekommen. Wenn es in den Bedarfsplan für Bundesschienenwege aufgenommen würde, müsste die Bahn die fragliche Summe über das Bundesschienenwegeausbaugesetz aufbringen.

KR Müller spricht sich dagegen aus, große Hoffnungen bezüglich der Fördermittel zu wecken. im Koalitionsvertrag seien die bereitzustellenden Mittel fixiert, die Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten Jahre eingegangen. Der barrierefreie Umbau sei abgedeckt, für ein Projekt wie dieses sei man jedoch zu spät dran.

Herr Grosse berichtet, der letzte Zug aus Wangen komme 21.59 Uhr in Aulendorf an, der letzte RE nach Ulm fahre von dort bereits um 22.01 Uhr ab, unter 3 Minuten werde jedoch kein Anschluss ausgewiesen. Wenn man von Leutkirch oder Kißlegg ins Schussental wolle, müsse man ein- oder zweimal umsteigen und benötige deutlich länger als mit dem Auto. Für das Projekt Ringzug sei ein abgestimmtes Konzept zwischen Bus und Bahn wichtig. Der Bahnhof Aulendorf spiele auch eine große Rolle bei der Verbindung Richtung München, denn Züge von München würden nicht in Kißlegg halten.

Herr Maier informiert, Aulendorf sei im Moment auf Platz 22 der auszubauenden Bahnhöfe. Wer jedoch zuerst fertig sei mit den Planungen, könne mit den Baumaßnahmen beginnen. Was die Durchbindung betreffe, habe er keine Hoffnung, dass das Projekt die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bestehen werde. Der Nutzen stehe in keinem guten Verhältnis zu den zusätzlichen Kosten. Beim Ringzug müsse beachtet werden, dass dieser auch wieder mit Diesel fahren werde. Was die Verbindung ins Allgäu betreffe, so müsse der Anschluss in Aulendorf entspannter und die Zugfahrt schneller werden. Diese Anregungen nehme er gern mit.

KR Sing ist der Meinung, das Thema Ringzug sei unabhängig von der Diskussion um den Bahnhof Aulendorf zu sehen.

Der Vorsitzende meint, es mache mehr Sinn, die Infrastruktur und verkehrstechnische Anbindung von Aulendorf nochmals zu überprüfen, wenn das Ergebnis der Machbarkeitsstudie für den Ringzug vorliege.

KRin Fiegel-Hertrampf möchte wissen, ob es Untersuchungen zur Kapazität der Schienen-Infrastruktur gebe für den Fall, dass mehr Gütertransporte auf die Schiene verlagert würden. Es stelle sich die Frage, ob diese Kapazität ausreichend sei oder

auch deswegen ein neues Gleis Sinn machen würde.

Herr Franke ist der Meinung, man solle schrittweise vorgehen - wie auch bei der Zol-
lernbahn. Allerdings hänge man der Zeitplanung aktuell zwei Jahre hinterher, was den
Verzögerungen beim Projekt Stuttgart 21 geschuldet sei. Stuttgart sei der dominie-
rende Bahnknoten. Alle Knoten im Landkreis hingen von der Überrechnung von
Stuttgart 21 ab. Stabile Anschlüsse seien für seinen Verband ein wesentlicher Punkt.
Man werde die anstehenden Projekte bei Aulendorf abarbeiten und dann weiterse-
hen. Für den Güterverkehr seien in Aulendorf weder Verladebahnhof noch sonstige
Infrastruktur mehr vorhanden. Im letzten Jahr sei in Zusammenarbeit mit der IHK ein
Gutachten für die Potenziale eines Schienengüterverkehr-Verteilzentrums erstellt
worden. Dieses Potenzial sei aktuell noch zu gering für Investitionen. Die Firma
BoxTango GmbH habe in Ostrach Ende 2018 einen Umschlagplatz eröffnet und biete
kombinierten Gütertransport auf Schiene, Straße und Wasser an. Erfolg setze jedoch
voraus, dass die Industrie sich verpflichte, Waren zu liefern und Spediteure diese
auch umladen würden. Große Lösungen halte er für unrealistisch. Auch wenn der
Bund Fördermöglichkeiten verbessert habe, sei es fast unmöglich, entsprechende
Projekte in den Bundesverkehrswegeplan zu bringen. Die Planungskosten seien „rie-
sig“ und würden 25% der Investitionskosten betragen. Sein Verband werde sich um
dieses Thema kümmern, jedoch entsprechend einer Prioritätenliste.

Herr Grosse erklärt, die Verspätungen im Bereich Aulendorf hingen mit der Einglei-
sigkeit auf der Strecke zusammen, nicht mit dem Bahnhof selbst. Insofern halte er
die Diskussion um den Bahnhof Aulendorf für überbewertet. Die Bahn habe früher
den großen Fehler begangen, an kleinen Bahnhöfen Gleise abzubauen. Dies ver-
schärfe das Problem jetzt.

KRin Fiegel-Hertrampf fragt nochmals wegen Gleis 4 nach. KR Sing habe erwähnt,
dieses sei zu kurz und zu schmal.

KR Sing verdeutlicht, Gleis 4 reiche für die BOB-Bahn aus. Für den RE sei es jedoch
zu kurz. Er wünscht nochmals eine Untersuchung auf Synergieeffekte für eine
Durchbindung der RB beim barrierefreien Ausbau des Bahnhofs.

Herr Grosse stellt klar, Gleis 4 sei verkehrssicher. Es wäre sonst nicht genehmigt
worden. Allerdings könne die Barrierefreiheit wegen der Schmalheit hier eventuell
nicht ermöglicht werden.

KR Müller betont, förderfähig seien ausschließlich Projekte, für die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen werden könne. Von daher gebe es für eine Durchbindung der RB in Aulendorf definitiv keine Fördermöglichkeit. Jede Hoffnung darauf sei eine Illusion.

Der Vorsitzende resümiert, ein guter Umstieg aus Richtung Ulm und andersherum sei essenziell und liege allen am Herzen. Man werde auf die Untersuchungen von Herrn Grosse zum Thema Ringzug schauen, dann nochmals auf Aulendorf und prüfen, ob manifeste Infrastrukturprobleme existierten. Man solle positiv auf das schauen, was sich bereits bewegt habe. Er bedankt sich bei den Gästen für ihre profunden Beiträge.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

12. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

KR Sing erkundigt sich nach dem Stand des Verfahrens bei der Entwicklung des Landkreises zum Fairtrade-Landkreis.

Frau Meschenmoser antwortet, Frau Dold habe bereits Gespräche geführt, man sei auf einem guten Weg, es fehlten jedoch noch Bausteine. Das Thema würde in einer der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung kommen.

Herr Gehringer berichtet, von der Fraktionsvorsitzenden Pfluger liege eine Anfrage vor, ob man die Lauratalstraße in eine Fahrradstraße umwandeln könne. Er informiert, es handele sich um eine Kreisstraße und nicht um eine Gemeindestraße. Der Verkehr sei hier mit maximal 3,5 t Gewicht und 60 km/h bereits eingeschränkt. Eine weitere Einschränkung würde eine besondere Gefahrenlage und besonders viele Radfahrer erfordern. Dies sei nicht gegeben. Bezüglich der Radschnellverbindung Friedrichshafen-Baindt berichtet er, der Regionalverband habe letztes Jahr unter der Mitwirkung vieler Beteiligter einen Förderantrag gestellt, um keine Mittel verfallen zu lassen. Eine von allen Beteiligten zu unterschreibende Planungsvereinbarung werde vorbereitet, die dann im Ausschuss und Kreistag zur Entscheidung eingebracht werde.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Ausschuss für Umwelt und Mobilität am 28.04.2020:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten des Amtes für Abfallwirtschaft

13. 0044/2020

**Aktualisierung der Abfallwirtschaftssatzung inkl. Gebührensätze zum
01.01.2021**

Beratungsergebnis: keine

Angelegenheiten des Straßenbauamtes

14. 0067/2020

Kauf einer Liegenschaft zur Erweiterung der Straßenmeisterei Bad Waldsee

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird ermächtigt, das Flurstück 389/1 in Bad Waldsee inkl. der darauf stehenden Halle zu einem Preis von 400.000 € zu kaufen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten des Bau- und Umweltamtes

15. 0054/2020

**Resolution: Einleitung eines Verfahrens zur Erklärung des Altdorfer Waldes
zum Landschaftsschutzgebiet –
Antrag der SPD-Fraktion vom 24.01.2020**

Beratungsergebnis: vertagt

Angelegenheiten des Verkehrsamtes

15.1. 0070/2020

Ausgleich an ÖPNV-Unternehmen für entfallene Schülermonatskarten im April wegen Schulschließung aufgrund von Corona

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

15.2. 0071/2020

Ausgleich an Schulbusunternehmen im freigestellten Schülerverkehr für weggefallene Beförderung im März und April wegen Schulschließungen aufgrund von Corona

Beschlussentwurf:

Der Landkreis erstattet den Schulträgern bzw. bei landkreiseigenen Schulen den Verkehrsunternehmen als freiwillige Leistung für die Monate März und April 2020 für die im Rahmen des freigestellten Schülerverkehrs durch die Schulschließungen unvorhergesehen entfallenen Fahrtage die nicht reduzierbaren Kosten auf der Grundlage der erbrachten Einzelnachweise, maximal bis zu einem noch festzulegenden Anteil (Vorschlag 30%) der jeweils vereinbarten Tagesvergütung (brutto).

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

16. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

Schritfführerin

Dagmar Schöbel

Kreisräte

Wilhelm Graf

Bruno Sing